

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Anzeigen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsvor-
zeichnis unter Code-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Übereinstimmung der Redaktion ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Laale-Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. Spalten 34 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
nonnenstellen u. allen Anzeigen-
stellen angemessen. Bekannt-
machungen 10 Pf. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vom
11 Uhr, für die Sonntags-Ann. abds.
6 Uhr. Abdrückungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leitung u. Haupt-Verwaltung: Halle,
Neue Promenade 1a. Dr. Braun-
hauß. 17. Neben-Verwaltung:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 333.

Halle, Sonnabend, den 19. Juli.

1919.

Die parlamentarische Hochflut.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Stettin. — Ende des Generalfreistrits und des Bürgerabwehrfreistrits.

Generalfreistrit und Bürgerfreistrit in Stettin beendet.

WTB. Stettin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) In-
folge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der
sonstigen Zugeländnisse der Regierung ist sowohl der
Generalfreistrit als auch der Bürgerfreistrit aufgehoben
worden. Seit heute nachmittag sind die Läden wieder
geöffnet. Die Straßenbahnen verkehren wieder wie
bisher. Das Wasserwerk ist seit gestern früh wieder
in Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war.
Der Dampferverkehr nach den Seebädern wird morgen
früh wieder eröffnet.

Die Stettiner Verhandlungen.

WTB. Stettin, 18. Juli. Die Verhandlungen im Ober-
erlöschium zu Stettin am 17. Juli haben Uebereinstim-
mung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit
den Vertretern der Bevölkerung dahin ergeben, daß
gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belage-
rungszustandes in der Provinz genommen nicht besteht.
Die Kommission des Staatsministeriums, Unterstaatssekretär
Meyer und Arczinski, haben infolge dessen trotz der ihnen
erteilten Vollmachten namens der Staatsregierung den über
Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand auf-
gehoben. Hierdurch entfallen die Maßnahmen, die auf Grund
des am 12. Juli verhängten vorläufigen Belagerungszu-
standes und der demgemäß ergangenen Verordnungen ergrif-
fen sind, in Sonderheit etwaige Verhaftungen. Es wird
ferner darauf hingewirkt werden, daß Verurteilungen auf
Grund des beseitigten Belagerungszustandes wegen politischer
Vergehen im Hinblick auf die Allgemeinheit eines Straf-
gesetzes nachgeprüft werden. Gleichzeitig ist im Einver-
ständnis mit den Vertretern des Generalfreistrits die Zusich-
erung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der
Behörden des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung
der Zivilbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der
Arbeiterfreistrit getroffen werden. Die Kommission ständen
sich hierzu um so eher entschließen zu können, als die Ver-
treter der Arbeiterfreistrit die sofortige Aufhebung des Generalfreistrits
angekündigt haben. Es wurde auch insbesondere vor-
genommen, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen
die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifvertrag zu
vermerken, und daß er namentlich während der Erzielung ein
Berzehen gegen die Gesamtheit ist. Zur Überwachung der
Erfüllung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeits-
streitigkeiten werden unentgeltlich Schlichtungsausschüsse auf
Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 eingerichtet
werden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist
es aufgegeben, über das diesbezügliche Veranlassen spätestens
bis zum 10. August zu berichten. Die Organisationen der Arbeit-
geber und Arbeitnehmer haben sich schon bei der Vorbereitungs-
arbeiten zu beteiligen. Der Bürgerfreistrit ist als beendet erklärt
worden.

Der Reichsbürgerrat an Roste.

Der Präsident des Reichsbürgerrats, Dr. Wessel (Ber-
lin), richtete anlässlich der pommerischen Streikbewegung an
den Reichsbürgerrat folgende Drucksache:
Die vom sozialistischen Nationalismus eingeleiteten frie-
den Streiks in Stettin und Stralsund werden unter anderen
Scheingründen auch durch die Maßnahme des Belage-
rungszustandes begründet. Aus den jetzt den
Bürgerlichen Abwehrfreistrit führenden Bürgergeräten geht mir
die dringende Forderung zu, aus Nachsicht für
die Aufrechterhaltung des Belagerungszu-
standes mich einzusetzen. Ich darf mich zu dem
Ergeltnis dessen verhalten, daß auch regierungsgemäß
in allen Mitleiden die sich betätigenden neuen
Machtbeweise begünstigt werden und vor
allen Dingen auch in der Durchführung des Belage-
rungszustandes allen regierungstreuen Staats-
bürgern der Schutz gewährleistet wird, auf
den sie ein volles Anrecht haben. Ich bitte daher,
unbedingt die getroffenen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und
unangenehm durchzuführen, da jedes schwächliche Zurück-
weichen in den getroffenen Gegenmaßnahmen die Förderung
kommunistischer Verordnungen zur Folge haben wird.

An den Bürgerrat Stralsund.

Der Reichsbürgerrat richtete an den Bürgerrat Stral-
sund folgendes Telegramm:
„Ebenso wie in Stettin verfolgt der Reichsbürgerrat
auch in Stralsund in treuer Verbundenheit und Anteilnahme
den Abwehrkampf der Stralsunder Bürger-
schaft gegen den frieulichen Streit eines maßlos
linkssozialistischen Nationalismus. Ein feiner Kraft
und seines Selbstbewusstseins wieder bewußt weider Bürgerum-
kehr und wird in Zukunft nicht mehr schweigend und lauen-
los diese militärischen Einschüchterungen unversöhnlichen
nationalistischen Verordnungen, auch nach Stettin

mung dem zielbewußten Bürgerum Stralsunds und volles
Gelingen dem notwendigen Abwehrstreit. Einigkeit macht
Kraft!

Der Präsident des Reichsbürgerrats,
Dr. Wessel.

Vom Aeltestenausschuß.

WTB. Weimar, 18. Juli. Der Aeltestenausschuß der Na-
tionalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung, am
Dienstag die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsi-
denten und des Reichsministers des Innern entgegenzunehmen
für den Fall, daß Aussicht besteht, die zweite Lesung des Ver-
fassungsentwurfs am Montag zu Ende zu bringen. Sollte nach
dem Gange der Verhandlungen diese Möglichkeit nicht ein-
treten, soll die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs unter-
brochen und bereits am Montag in die große öffentliche Ver-
sammlung eingetreten werden. Am Sonnabend werden lediglich
äußere Vorlagen zur Beratung liegen. Bei dem vorgedachten
Arbeitsprogramm der Nationalversammlung wird mit der Mög-
lichkeit einer Lesung bis Ende August gerechnet.

Der demokratische Jugendtag.

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Auf
dem demokratischen Jugendtag, der heute vormit-
tag um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Redakteurs
Wiesner eröffnet wurde, kam es wiederholt zu heftigen
Auseinandersetzungen zwischen dem Führer der
Jugendvereine und den älteren Parteimitgliedern. Der
Vertreter einer Jugendorganisation, Dr. Weber, warf
dem Parteivorstand vor, daß er die Jugend wie in
einem Käfig einperren wolle. Die Jugend
wolle aber handeln und nicht nur ein bescheidenes Da-
sein führen. Dr. Frankfurt wies als Mitglied
des geschäftsführenden Ausschusses die Angriffe zurück
und betonte vor allem, daß an dem Parteipro-
gramm nicht gerüttelt werden dürfe. Die Partei
wolle allerdings die Anregungen der Jugend nicht
vergesen, denn die demokratische Partei sei unter
den Parteien die einzige zukünftige Partei.
Dr. Dr. wies darauf hin, daß die Jugend sich nicht be-
wußt sein müsse, daß es etwas allen Parteien Gemein-
sames gebe, und daß sie das Vaterland. Eine erregte
Geschäftsordnungsdebatte entspann sich, als Frank-
furt die Leitung des Jugendtages dem Vorwurf
der Schiebung machte, weil sie ihn einen anderen
Redner ohne sein Wissen vorgeschlagen habe. Dann
wandte sich Frank gegen den Mißbrauch des Wortes De-
mokratie. Die Surrenarrationen seien schon schlimm, aber
die Sozialdemokratie sei noch schlimmer.
Die Erregung Falts war so heftig, daß sich der Vor-
sitzende Wiesner veranlaßt sah, darauf hinzuweisen,
daß die Verhandlungen des Jugendtages in der Ver-
sämmlung stattfinden. Nach einer abermaligen Ge-
schäftsordnungsdebatte wurde über die Frage der Grün-
dung einer allgemeinen demokratischen Jugendorganisa-
tion abgemittelt. Die Abstimmung ergab
ein Mehrheitsvotum für die Gründung des
Bundes demokratisch sozialistischer Jugend-
vereine. Ein Antrag auf sofortige Festsetzung der
Altersgrenze für den Eintritt in die Jugendorganisa-
tion wurde abgelehnt und die Sitzung um 12 Uhr auf
14 Uhr vertagt.

Eine Rede Clemenceaus.

WTB. Versailles, 18. Juli. Vor dem Friedensaus-
schuß der Kommissar behandelte Clemenceau gestern die
Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am
linken Rheinufer und erklärte, Marschall Foch habe
vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu er-
richten, die von den Entente-Truppen gehalten
werden sollten. Er betonte, daß der Überbereichhaber der
alliierten Armeen jede mögliche Freiheit gehabt habe,
sich zu erklären, falls es perfidius oder fälschlich, und daß
er sich vor dem Biererrat, vor der Konferenz und vor
dem Ministerrat ausgesprochen habe. Daß, was der
Friedensvertrag vordie, genüge für Frankreichs Sicher-
heit selbst ohne Brückenköpfe, die Frankreich schließlich
selbst hätte besetzen müssen und die auch politische und
militärische Schwierigkeiten nach sich gezogen haben
würden. Nach seiner Ansicht gebe die vorgeschene mili-
tärliche Hilfe Englands und Amerikas im Falle einer
deutschen Herausforderung Frankreich genügend Sicher-
heit. Wenn diese Sicherheiten schon im August 1914
vorhanden gewesen wären, wäre es nach seiner Mei-
nung nicht zum Kriege gekommen. Die Sicherheit
sei so groß, daß Frankreich durch Gelebe
militärische Dienst auf ein Jahr herabsetzen
könne. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich
dabei, die beiden höchsten Briefe, sowie den Text des
Einpruches, den Marschall Foch am 6. Mai in der Voll-
ziehung der Friedensbedingungen hinsichtlich der militäri-
schen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben
habe, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Cle-
menceau wies darauf hin, daß die Verantwortlichkeit der Friedens-

konferenz auszuliefern. Die beiden letzteren Mittei-
lungen brüht der „Matin“ im Anschluß an den amt-
lichen Bericht über die gestrige Sitzung, aber mit einer
Zusatznote von etwa zehn Zeilen, und Clemenceau
schloß wider der Abgeordnete Marin und Clemenceau
scharf zusammengefaßt, weil Clemenceau auf ver-
schiedene Fragen militärischer und finanzieller Art nicht
habe antworten wollen. Clemenceau habe erklärt: Ich
habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekom-
men sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe
Ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung
habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzu-
schließen und sie im Parlament zu vertreten. Ich habe
meine Pflicht getan, tun Sie die Ihrige! Nachdem Cle-
menceau die Ausführungen verlassen hatte, berichtete
Mons. Beaunard über die deutschen Kolonien. Die franzö-
sische Regierung hat beschlossen, bis Jahresflasse 1908
der Marine ab 30. Juli, die Jahresflasse 1910 vom 10.
bis 20. August, die Jahresflasse 1911 vom 20. bis
30. August zu entlassen.

Zum Fall Mannheim.

WTB. Berlin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Die Antwor-
der deutschen Regierung auf die Note des Reichsamt
wegen der Tötung des Seemanns Mannheim ist bereits abge-
gangen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß
einigen Teilen der französischen Presse aufgestellten Forderungen
insbesondere die Forderung wegen Einleitung des Unter-
suchungsverfahrens gegen die Kaiser und wegen der Leber
nachdem der Rollen der Beerdigung bereits vor Eintrag der
französischen Note zur Genüge gesehen ist. Die für die
Familie des Getöteten beantragte Entschädigung ist, obwohl
eine Rechtsverpflichtung nicht besteht, aus Entgegenkommen
zugestanden worden. Dagegen lehnt die deutsche Regierung
die verlangte Bestrafung der Stadt Berlin mit einer Buße von
einer Million Mark als völlerrechtlich unbegründet ab. Für
den Fall, daß sich die französische Regierung hierin dem
deutschen Rechtsstandpunkt nicht anschließt, ist Deutschland
bereit, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unter-
breiten.

v. Lersner deutscher Geschäftsträger in Frankreich.

WTB. Paris, 18. Juli. (Kont.) Sahbamtlich ver-
lautet, daß von Lersner zum deutschen Geschäftsträger in Frank-
reich ernannt worden sei. An diesem amtlichen Stellen ist über
aber nichts bekannt.

Deutsche Nationalversammlung.

In seinen weiteren Ausführungen sagte der Abg.
Schulz:

Der Grundgedanke des Kompromisses ist Freiheit im Denken
und in der Betätigung, keinerlei Bergewaltigung der
Eltern und Erziehungsbedürftigen durch einen Mehrheits-
beschluss. Für uns Sozialdemokraten kommen in der Schul-
frage drei wichtige Grundgedanke in Frage: die Weltlichkeit,
die Einheitslichkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der
Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben
sie nicht restlos durchsetzen können. Aber wir sind schon
damit zufrieden, daß wenigstens das Prinzip festgelegt worden
ist. Zum Schluß wendet sich Schulz gegen die Anträge der
Unabhängigen und empfiehlt die Annahme des Schulkom-
promisses. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Str.): Wir haben uns im Ausschuß

einmütig für die soziale Einheitschule

ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist es schon
im Ausschuß gelungen, eine Lösung zu finden, die wir als eine
ausreichende und genügende anerkennen vermocht haben.
Die zwei übrigen Hauptfragen, Konfessionalität der Schule
und Bräutelschulen, dagegen sind erst durch das Kompro-
miss einer Lösung entgegengeführt worden, der wir zustimmen
in der Lage sind. Möge es uns gelingen, die Schule auf die
Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiebergeburt
des deutschen Volkes sein muß. (Lebhafter Beifall im
Saalraum.)

Abg. Seifert (Dem.): Ziel unserer Erziehung muß die
Stärkung der isolierten und der Staatsgewinnung sein. Die
Etablismenten, die ungerichtet und unmaßstäblich
gemessen ist, muß fallen und auch für den Armen, Tätigen
die Bahn frei gemacht werden. Wir treten dafür ein,
den Volksschullehrern die Wege zur höheren Bildung
freizumachen (Beifall links.) Das Schulkompromiss hat zu
unserm größten Bedauern die Wirkungen der konfession-
ellen Gemeinschaftsgelehrte. Wir lehnen für uns Ergeben
die Verantwortung ab und betonen gleichzeitig, daß wir
unsere Ausrichtung an sich selbst empfun-
den haben. (Zuruf bei den Dem. Nicht unsere Schuld!)

Abg. Lamb (Dem.): Wir sind der alten Schule dankbar
für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Befehde man die
Schule nicht mit zu viel Aufgaben. (Sehr richtig! riefen.)
Das Kompromiss ist unmaßstäblich. Wir halten die unpräzise
Regierungsentscheidung für halber, das Kom-

promittiert für eine Veranschlagung. Es bedeutet die
Beträchtigung der einheitlichen nationalen Schulwesen.
Abg. Jol. (Str.): Die Verfassung sieht die achtjährige
Schulpflicht vor. In der Richtung wären Erleichterungen
beim Übergangsbestimmungen zu treffen. Auch die Aus-
dehnung des Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre
ist nicht notwendig.

Unterhausleiter Schul: Die Fortbildungsschulpflicht
muss, wenn natürlich auch mit aller Schonung, durchgeführt
werden. Zweifel über den Begriff des Erziehungsberechtigten
dürfen nicht bestehen. Die Frage wird aufgeführt werden.
Eine staatliche Einheitschule werden wir nicht haben, so lange
der Charakter des gesamten Reiches nicht einheitlich ist. Eine
staatliche Gemeinschaft gibt es nicht, weil eine geistige Ge-
meinschaft der Art nicht besteht. Was wir erstreben, ist eine
Verbindung zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen
und damit auch den Kampf zwischen Eltern und Lehrern ein
für allemal aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)
Am 12 Uhr wird die weitere Beratung auf 4 Uhr
verlagert.

Nachmittags-Sitzung.

Am Regierungstisch: Dr. David, Dr. Preuß,
Roske, Dr. Well.
Vizepräsident Schumann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr
10 Minuten.
Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird bei
dem Kapitel

„Bildung und Schule“

fortgesetzt.
Abg. Beermann (D. Vpt.): Ueber die Kompromiß-
lösung haben alle Redner gesagt, daß durch sie ein Kampf
um das Gebiete der Schule entbrennen müßte. Die Regie-
rung erklärte allerdings, daß das Kompromiß den Kampf ent-
gisten würde. Wir aber glauben, daß keine Verjährung die
Folge ist. Wir treten dafür ein, daß die Befugnisse und die
Simultanschulen, wo sie geschichtlich begründet sind, er-
halten bleiben. Wir würden wünschen wir aber, daß alle
Parteien auf einem gemeinsamen Boden an dem Schulbau
arbeiten. Es ist gegeben mit der Erziehung zum Deutschum
in festem Sinne. (Beifall rechts.)
Abg. Kunze (U. S.): Wir verlangen volle Einheits-
schule, Uneingetragene und Volksschule der Schule. Was
uns die Vorlage auf dem Wege zu diesem Ziele bringt, ist
nichts weiter, als ein Bröckchen.

als eine winzige Abflugschaltung. Die Sozial-
demokratie ist stets für die Weitsicht der Schule eingetreten,
und heute ist die Mehrheitssozialdemokratie drauf und dran,
dieses Prinzip preiszugeben und die Schule an das Zentrum
zu verlagern. (Sehr richtig! bei den Anhäng.)
Abg. Dr. Philipp (D.): Das Schulkompromiß wird nicht
das Ende des Schulkampfes, sondern der

Anfang eines neuen Schulkampfes

leiten, der in die Schule hineingetragen wird. Auf die Not-
wendigkeit des staatsbürgerlichen Unterrichts auf vollstän-
diger Grundlage hat zuerst Kaiser Wilhelm II. hingewiesen,
aber dieser Gedanke soll jetzt im Sinne der Revolution um-
gekehrt werden. (Beifall rechts.)
Abg. Dr. Ruppe (Dem.): Das Kompromiß ist juristisch
unklar. Das ist ein großer Fehler des Kompromisses, daß es
nicht die konstitutionelle Verfassung herbeiführt,
sondern vom ersten Tage an die Konfessionen scheidet. (Beifall
bei den Dem.)

Abg. Frau Blos (Soz.): Die weltliche Schule, um die
wir jetzt kämpfen, ist infolge des Schulkompro-
misses möglich geworden. Wichtig ist die Mitwirkung der
Erziehungsberechtigten. Darin liegt gerade der Fort-
schritt der Vaterland.
Abg. Rheinländer (Str.): Die neue Schule wird
Freunde an der Arbeit wecken und pflegen. Die Kirche
erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen
gehört, soweit er sich mit dem neuen Staatsgeist ver-
trägt. Wir glauben an unsere Zukunft, und die Schule
wird das Beste dazu tun.

Abg. Ragenstein (Soz.): Verwunderlich ist die
Angst gerade der Demokraten vor der
Kulturwende. Wenn der Demokrat dies und
jenes an dem Kompromiß nicht mißfällt, so haben sie doch
kein Recht zu Vorwürfen gegen ihn. Die Demokraten
haben sich in der schwersten Stunde unseres Volkes der
sozialistischen Verantwortung entzogen.
(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und
im Zentrum.) Daß sie uns alle Konsequenzen aus der
traurigen Lage unseres Volkes aufgeladen, ist zwar für
die Demokraten bequemer, sollte sie aber von Vorwürfen
gegen uns zurückhalten. (Beifall rechts.) Aber ich
hebe nicht an, zu erklären: selbst wenn wir die absolute
Mehrheit in diesem Hause hätten, müßten wir bei der Be-
stimmung andersdenkender Teile unseres Volkes Rech-
nung tragen. (Beifall rechts im Zentrum.) Wir
wollen keinen neuen Kulturkampf, schon
in Hinblick auf die Vereinhaltung der gesamten Ar-
beiterbewegung, um sie hier zu machen im Kampfe für
eine höhere soziale Ordnung. (Anrufung rechts.) Der
Kampf der Geister geht weiter. (Beifall
rechts bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Saale (U. S.): Die Herren Mehrheitssozia-
listen geben von dem Erfurter Programm ein Stück nach
dem anderen preis. Dieses Kompromiß bedeutet eine
glatte Unterwerfung unter das Zentrum.
Was Sie hier treiben, ist nichts weiter, als daß Sie
den Geist der Finsternis wieder aufliegen lassen. (Beifall
bei den Unabhängigen.)

Abg. Schumann (Str.): Die Konfessionsschule soll
nicht der Maßstab sein, sie soll die Verfassung predigen.
Abg. Wolf (Dem.): Sie (zu den Sozialdemokraten)
haben das Kompromiß wieder fallen lassen, das im
Anschluß unter Mitwirkung sozialistischer Parteien zu-
stande gekommen ist, weil eine andere Parteigruppierung
eingetreten war, und weil das Zentrum in sehr
langer Weise die Situation ausgenutzt hat, um noch
mehr Zugeständnisse für sich herauszuholen. (Sehr
richtig! bei den Demokraten.) Bei der Erstellung, die wir
zur Friedensfrage einnehmen, konnten wir nicht
in der Regierung bleiben. Das wäre eine
unzureichende Unmündigkeit und eine politische Charakterlosig-
keit gewesen. (Sehr richtig! und Zustimmung bei den
Demokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Vor der Abstimmung
Abg. Ruppe (Dem.) die Beschlußfähigkeit.
Der Namensvorschlag ergibt die Anwesenheit von 218 Mit-
gliedern. Das Haus ist also beschlußfähig.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Feing,
in der Ueberricht des Abminists statt „Bildung und
Schule“ zu setzen: „Bildung und Erziehungs-
wesen“ abgelehnt.

Die Artikel 139 (Freiheit von Kunst, Wissen-
schaft und Lehre), 140 (öffentliche Bildungsanstalten),
141 (Staatsaufsicht) und 142 (allgemeine Schulpflicht)
werden in der Ausfertigung angenommen.
Auf Antrag Ragenstein mit der Einigung zu Artikel
142, daß nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den
Fortbildungsschulen Unterricht und Lehrmittel un-
entgeltlich sind.

Die Artikel 143-146 werden in der Fassung des Kom-
promisses nach dem Antrage Ragenstein gegen die Stimmen
der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten und der
Unabhängigen angenommen.

Alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt.
Nachdem schließlich Artikel 147, der den Denkmal-
schutz bestimmt, angenommen ist, wird die weitere Beratung
verlagert.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das
Haus auf Beendigung der Verfassungsberatung am Montag
und Dienstag.

Die große politische Aussprache beginnt am
Mittwoch mit den Reden der Minister.
Nächste Sitzung Sonnabend 9½ Uhr: kleinere Vorlagen.
Schluß 8¼ Uhr.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 18. Juli. Vizepräsident Frenkel eröffnet
die Sitzung um 12 Uhr.
Zur zweiten Beratung steht der Entwurf zur
Aufhebung der Ortschulinspektoren.

Abg. Dr. Forst (Str.): Wir sind mit der Aufhebung
einverstanden, falls der Einfluß der Kirche auf die Schule
in anderer Weise gewahrt bleibt.
Abg. Frau Auerbach (U. S.): Wir leben in dem Geseh
nur eine Abschlagszahlung auf dem Wege zur freien Schule.
Abg. Freiliger von Wangenheim (Wespe) äußert sich im
Sinne von Dr. Forst.
Paragrah 1, Aufhebung der Ortschulinspektoren, wird ein-
stimmig angenommen.

Paragrah 2 ermächtigt die Aufsichtsbahörden, die Ge-
schäfte der bisherigen Ortschulinspektoren auf andere Be-
hörden oder Fachleute zu übertragen. Dazu liegen die von
Dr. Forst angeführten Anträge vor. Sie fordern die Be-
gründung von Schulräten, bestehend aus Eltern, Lehrern
und Gelehrten, und ferner die Ernennung der den Religions-
unterricht erteilenden Geistlichen zu Mitgliedern des Lehrers-
kollegiums.

Abg. Westmann-Königsberg (Soz.): Wir stellen in der
Schulfrage an unseren Grundgedanken fest. (Anrufung im Str.)
Abg. Kimpel (Dem.): Wir sind gegen die An-
träge.

Abg. Schumann (D. Vpt.): Wir stimmen für den
Schulratsantrag des Zentrums. (Sehr, hört!
links.)

Paragrah 2 und der Rest des Gesetzes wird unter Ab-
lehnung der Anträge in der Ausfertigung angenom-
men.

Darauf wird die Vorlage in dritter Lesung und in der
Gesamtabstimmung gegen das Zentrum und einen Teil der
Rechten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes zur vor-
läufigen Regelung verschiedener Punkte der Gemeindever-
fassungsgesetz, Neuwahlen der Gemeindevorstände, Amtsver-
seher usw.

Die Vorlage wird im Ganzen angenommen.
Anträge zur Förderung des Volkshochschulwesens gehen
an den Ausschussauswahlschuss.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird der
Gesetzesentwurf zur Förderung der Gewerkschaften
von 1913, ebenso in der Gesamtabstimmung.
Darauf wird die zweite Beratung des Etats des
Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Weidig (D. Vpt.): Ich wundere mich, daß weder
der Minister, noch seine Kommissare hier sind. Das
Ministerium scheint also den Verhandlungen der
Landesversammlung keine sehr
hohe Bedeutung beizumessen. Die jetzige Regie-
rungsregierung scheint nur das System zu haben, Minister-
stellen nach einem gewissen Verhältniß zu besetzen,
zu verteilen. Was ein Minister in der Regierung kann,
nicht die Rede sein. Das ist in der jetzigen Regie-
rungsanarchie. Auch die Uebereinstimmung der Politik in
Preußen und im Reich ist in die Brüche gegangen. Da nach
der Notverordnung die vollziehende Gewalt ausschließlich der
Landesversammlung zusteht, so existieren Arbeiter-
und Soldatenräte für uns nicht. Der Minister ist also auch gar nicht
in der Lage, irgendbwo Kommunale Arbeiterräte zu gestatten.
Um die zwangsbefugigten Vorrichtungen fernerhin nicht viel-
fach weder Publikum noch Behörde. Wir stehen mitten
im Zerfall unseres bis zum 9. November noch so festge-
fügten Staatslebens. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen
Mitteln Ordnung zu erhalten. Auch wir erkennen an, daß
in der Verwaltung weitgehende Demokratisierung Platz ge-
funden muß. Aber wir wollen Bedenkliches erhalten, insbesondere
die Ehrenämter in der Selbstverwaltung. Die allge-
meine Wehrpflicht ist eine demokratische
Pflicht, die Sie preisgeben haben. (Anrufung links: Es
war hohe Zeit!) Originalität fehlt der Regierung vollstän-
dig bis auf das Verfallenen und Zerfallenen. Was soll
man dazu sagen, daß diese souveräne Verammlung bis jetzt
noch keine offizielle Kadrezahl davon hat, daß in den nächsten
Tagen große Teile Preußens mit 6 Millionen Einwohnern
aus ihrem Staatsverband ausscheiden. Der Wiederkauf von
Deutschlands ist nur möglich, wenn Sie sich endlich der inter-
nationalen Gedanken entschlößen. (Beifall rechts.)

Es tritt eine Pause bis 7½ Uhr ein.
Schluß 5¼ Uhr.

Entschädigung der Offiziere.

WTB. Berlin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Der National-
versammlung hat die Entwürfe eines Gesetzes über die Entschä-
digung der Offiziere, die gezeugen sind, auf Grund der Ver-
minderung der Wehrmacht aus dem Heere und der Marine und
der Schuldlosen auszuscheiden und eines ebenjohlichen Gesetzes für
die Unteroffiziere und Gemeinen, soweit die Kapitulationen
ausgenommen sind. Die ausgenommenen Wehrmachtangehörigen im
entschiedenen Offiziere werden die Wehrmachtangehörigen im
wesentlichen gleichgestellt werden. Im wesentlichen leben die
Geheimnisse folgende Entschädigungen vor: Für die Kapitulan-
ten. a.) Für die Kapitulationen nach einer aktiven Dienstzeit von
mindestens 12 Jahren eine laufende monatliche Entschädigung

auf die Dauer von zwei Jahren, für Kapitulationen mit einer
Dienstzeit auf die Dauer eines Jahres. Die monatliche geringere
Entschädigung beträgt für Berechnete 300 Mark, für Unterbe-
rechnete 200 Mark. b.) Ferner für alle Kapitulationen einen ein-
maligen Betrag von 300 Mark für die Befreiung und Unter-
haltung ihrer Befreiung. c.) Kapitulationen von 7 bis 12 Jahren
Dienstzeit erhalten eine Geldentschädigung und zwar bis voll-
endete sieben Jahre je 1000 Mark, für jedes weitere vollendete
Dienstjahr je 400 Mark mehr. (Der ausführliche Bericht
steht in der heutigen Nachmittagsausgabe.)

In Holland wird am 21. Juli gearbeitet

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf“ wird
sich die niederländische Gewerkschaftsvereinigung an dem geplan-
ten Demonstrationstagen am 21. Juli nicht beteiligen.

Kein allgemeiner Streik in Frankreich.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Wie der
Telegraaf aus Paris meldet, hat die Allgemeine Arbeiter-
verband mit Rücksicht auf die Opposition des Personals der öffent-
lichen Dienste, besonders der Angestellten der Eisen-
bahnen, der Metropolitan und der Postbeamten beschlossen,
daß bei öffentlichen Diensten nicht an dem allgemeinen Streik
am 21. Juli teilnehmen sollen.

Freier Handel zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Koblenz, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der
Koblenzer Vertreter des Neu Herz Herald meldet: An die
Bevölkerung des besetzten Gebietes wurde eine Bekannt-
machung erlassen, worin der freie Handel zwischen dem besetz-
ten und unbesetzten Gebiet mit gewissen Einschränkungen ge-
statet wird. Die Einfuhr von Waffen in das besetzte Gebiet
bleibt verboten. Ebenso werden die Bestimmungen bezüglich
des Kohlentransports nicht geändert. In Trier, Koblenz
und Saarbrücken sind die Lebensmittelpreise infolge der harten
Zufuhr vielfach um 10 Prozent gefallen.

Eine Teilprovinz Westpreußen...

Thorn, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach hier-
her gelangten Nachrichten besteht bei den Westpreu-
stischen die Absicht, eine Reichsprovinz unter dem alten ge-
schichtlichen Namen Westpreußen weiterbestehen zu lassen, zu
deren Bildung außer den westpreussischen Kreisen Deutsch-
kronen, Katow, Silesien nach Teile von Pommern, sowie das
deutschlebende Gebiet der Provinz Polen verwendet
werden.

Die Danziger wollten ihr Schwimmbad behalten.

WTB. Berlin, 18. Juli. Nach Mitteilungen aus Dan-
zig sollte das Schwimmbad der Reichswehr nach Kiel abgehoben
werden. Die Arbeiter weigerten sich, die dazu nötigen Arbeiten
auszuführen, verlangten die Zurücknahme des Befehls zum Ab-
transport und drohten mit der Verhinderung des Docks. Da man
auf den Widerstand besarrte, erfolgte die Verlesung.

Jammer noch Kämpfe an der polnischen Front.

WTB. Berlin, 18. Juli. Wie wir hören, ist es an der
deutsch-polnischen Front nicht zur völligen Einstellung der
Kampftätigkeit gekommen. Täglich unternehmen polnische
Patrouillen starke Vorstöße gegen die Demarkationslinie. Die
deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet ist in täglich wachsen-
dem Maße den Schikanen der Polen ausgesetzt. Der Föbel
verfolgt alle Deutschsprechenden. Die polnische Regierung
bietet offen diese Deutschhenge.

Das deutsche Eigentum in Belgien.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf“ hat der bil-
ligste Sozialistenführer und Minister van der Weide auf eine
Anfrage des „Rechts“, „Gort“, was mit dem Eigentum der Deut-
schen in Belgien gesehen solle, wenn der Friede katastrophal sei,
erwidert, daß der deutsche Grundbesitz, wie z. B. die riesigen
Wälder von Aachen, in den Besitz des belgischen Staates über-
gehe. Das kleinere Eigentum werde seinen deutschen Besitzern
zurückgegeben werden.

Nicht arbeitsfähige Friedensauschüsse.

WTB. Versailles, 17. Juli. Mehrere Wälder melden
daß einzelne Ausschüsse der Friedenskonferenz nicht arbeits-
fähig sind, weil Präsident Wilson von der Adresse der ameri-
kanischen Vertreter angewiesen habe, die Sache den Ausschüssen,
auf die American Warship habe freizulassen. Die ameri-
kanische Genat den Friedensvertrag katastrophal habe. Wilson
vertrete den Standpunkt, daß jeder Vorbehalt, den der Genat
machte, einer Ablehnung des Friedensvertrages gleich komme.

Ein amerikanischer Senator gegen den Völkerverbund

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Englischen Wäldern vom
18. Juli zufolge meldet Reuter aus Washington: Der Republi-
kaner Norris hat im Senat eine Rede gegen den Völkerverbund ge-
halten, in der er erklärte, Japan habe von Großbritannien,
Frankreich, Italien und Rußland im August 1917 geheime Zu-
sicherungen bezüglich Schantung erhalten. Der britische Völkerver-
band von Tokio verpackt Japan im Februar 1917 im Austausch für
Japans Unterwerfung die britischen Ansprüche auf gewisse In-
sulare Inseln im Stillen Ozean und die Unterstützung seiner An-
sprüche auf Schantung. Frankreich lagte eine ähnliche Unter-
werfung an, wenn Japan dem Abbruch der Beziehungen zwischen
China und Deutschland zustimme. Norris lagte, die Ratifikation
des Völkervertrages mit einer davorliegenden Entscheidung über
die Schantungfrage würde die schwärzeste Seite der Geschichte des
amerikanischen Volkes sein.

Umbau des britischen Kabinetts.

WTB. Rotterdam, 18. Juli. Dem „Nieuwe Rotter-
damse Courant“ zufolge hat Bonar Law dem Unterhause
mitgeteilt, daß beschafft werde, die Zusammensetzung des
Kabinetts zu ändern. Ein bestimmtes Datum wäre er dafür
noch nicht angeben.

Neue Deutsch-Osterreichische Note an die Entente.

WTB. Et. Germain, 17. Juli. Die deutsch-österreichische
Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine
Note, die den Vorschlag begründet, der Friede möge so ge-
schlossen werden, daß die Grenzen und die völkerverrechtigte
Stellung Deutsch-Osterreichs sowie die Bedingungen des
Friedens zwischen Deutsch-Osterreich und den kriegführenden

